

# Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Ruomintangs die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluss Nr. 53.

## Anzeiger für das Erzgebirge

Regierungspreis für die Abgabe von Zeitungen für Angehörige aus Aus und Umgebungen des Erzgebirges, aus dem Jahre 1926. Preis 1 Pfennig, aus dem Jahre 1927. Preis 1 Pfennig, aus dem Jahre 1928. Preis 1 Pfennig.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1098

Nr. 43

Sonntag, den 20. Februar 1927

22. Jahrgang

### Unter welchen Bedingungen traten die Deutschnationalen in die Regierung ein?

Das Zentrum enthüllt. — Ein republikanisches Programm.

Da in deutschnationalen Versammlungen noch immer die Fiktion aufrechterhalten wird, als ob die zwischen den gegenwärtigen Regierungsparteien getroffenen Abmachungen nicht mit den Richtlinien übereinstimmen, die Marx aufgestellt hat, bestand beim Zentrum der Wunsch nach einer Veröffentlichung des authentischen Textes.

Die Deutschnationalen haben sich gegen diese Forderung des Zentrums gewehrt, aber erfolglos. Die „Germania“ bringt den „authentischen“ Wortlaut der Richtlinien mit folgender Einleitung:

Da über die Entstehung und den Inhalt der sogenannten Richtlinien der künftigen Regierungspolitik immer noch Zweifel bestehen, stellen wir das folgende fest:

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Deutschen Reichstages hat im Anschluß an einen Entwurf des Abgeordneten v. Guérard in seiner Sitzung vom 21. Januar 1927 Vorschläge für die Verhandlungen des Reichstages über die Regierungsbildung aufgestellt. Diese Vorschläge wurden am Sonntag, den 23. Januar, in der Reichstagskammer durchgearbeitet. An dieser Besprechung nahmen teil die Herren Dr. Marx, Dr. Brauns, von Guérard, Dr. Stegerwald, Dr. Wirth und Joos. Sie erhielten eine etwas andere Fassung, ohne daß an den entscheidenden Bestimmungen etwas geändert wurde, und waren bestimmt als Grundlage für die Verhandlungen mit den anderen Parteien über die Regierungsbildung.

An Hand dieser Grundlagen hat der Reichstagskanzler Dr. Marx mit den Beauftragten der deutschnationalen Fraktion verhandelt. Ueber das Ergebnis seiner Verhandlung berichtete er in einer Besprechung vom 24. Januar 1927 denselben Mitgliedern der Zentrumsfraktion, die an der ersten Besprechung teilgenommen hatten, also den Herren Dr. Brauns, v. Guérard, Dr. Stegerwald, Dr. Wirth und Joos. Am 25. Januar 1927 wurden die nunmehr „Richtlinien“ genannten Grundlagen der künftigen Regierungsbildung erneut festgelegt. Eine irgend wesentliche Aenderung der Richtlinien erfolgte wiederum nicht. Sie bildeten dann die Grundlage weiterer Verhandlungen mit den Regie-

rungsparteien. Am 26. Januar 1927 wurden sie in einer Besprechung der zeitigen Regierungsparteien endgültig festgelegt. Es wurden einige Zusätze zu den Richtlinien selbst protokolllarisch festgelegt. Die Richtlinien der künftigen Regierungspolitik wie Zusätze zu dem Protokoll über die Feststellung erhielten den nachfolgenden authentischen Wortlaut. Diese Richtlinien haben ihre Ausprägung in der Erklärung der Reichsregierung gefunden und sind die bindende Grundlage der Politik der zeitigen Reichsregierung, sowohl in außenpolitischer als auch in innenpolitischer Beziehung. Die „Germania“ veröffentlicht auch den Inhalt des Zusatzprotokolls zu den Richtlinien. Die Zusätze lauten:

I. Außenpolitik: Die amwesenden Fraktionen sind darin einig, daß die Anerkennung der Rechtsgültigkeit des Vertragswerkes von Locarno sowohl völkerrechtlich wie verfassungsrechtlich nicht in Zweifel gezogen wird.

II. Verfassung: 1. Der Hinweis auf Artikel 3 der Verfassung bezieht sich auf den ganzen Inhalt, also auch auf die Handelsflagge.

2. In der Regierungserklärung soll eine allgemeine Mahnung dahingehend aufgenommen werden, auch die Vergangenheit in ihren Symbolen zu achten.

3. Außerdem wird in der Besprechung der Fraktionen festgelegt, daß wichtige Vorschläge einer einzelnen Regierungspartei, insbesondere mit dem Ziel einer Aenderung der Verfassung, nur nach vorherigem Benehmen mit den anderen Regierungsparteien gestellt werden dürfen.

Der authentische Text der Richtlinien liegt also jetzt vor. Die Deutschnationalen werden nun nicht mehr behaupten oder auch nur andeuten können, er weiche in irgendeinem wesentlichen Punkt von unserer Veröffentlichung ab. Sie werden sich auch nicht auf die bisher im Wortlaut geheim gehaltenen Zusätze berufen können, um glauben machen zu können, diese enthielten erhebliche Einschränkungen oder Abschwächungen der Richtlinien.

### Unaufhaltbares Vordringen der Kuomintang.

Vor den Toren Schanghai.

Peking, 18. Febr. Der Rückzug Santschuanfangs geht auf der ganzen Linie vor sich. Heute ist Hangtshau von den Kantontuppen besetzt worden, ohne Widerstand zu finden. Die Kantonesen sind damit nur noch 150 Kilometer von Schanghai entfernt, so daß das Kampfgebiet sich der Stadt nunmehr bedrohlich nähert. Die Erregung unter den Fremden wächst wiederum durch das erneute Vordringen der Südruppen. Die englische Chinapresse drängt immer heftiger darauf, den Kantonesen in den Hankau-Verhandlungen ein Ultimatum zu stellen und die Verhandlungen nötigenfalls einfach abzubrechen.

Der Vormarsch Tschangtschollins auf Hankau geht nur langsam vor sich. Der Marshall scheint sich mit Wupeifu betrefte des Durchmarsches durch die Provinz Honan geeinigt zu haben. Erschwert wird der Durchmarsch durch den völligen Versall der Armeesuppen. Ein Teil seiner Generale hat sich für Tschangtschollin, der andere für die Südrückführung entschieden. Verschiedene sind zurückgetreten.

Die nationalistische Regierung hat dem deutschen Kaufmann Burmeister, der am 3. Januar in Hankau von Chinesen mißhandelt wurde und in ein Krankenhaus verbracht werden mußte, eine Entschädigung von 5500 Dollar zuerkannt.

Weiter meldet aus Schanghai: Die Stadt Ningpo, 90 Meilen südlich von Hangtshau ist von der Kantonsarmee eingenommen worden. Die Truppen Santschuanfangs, die die Stadt geräumt haben, sind auf dem Seewege in Schanghai eingetroffen. Nach einer späteren Meldung dauert der Rückzug großer Teile der Streitkräfte Santschuanfangs in die Provinz Kiangsi an. Auf dem an der Grenze der internationalen Niederlassung in Schanghai gelegenen Zentralbahnhof kamen abends über 4000 auf dem Rückzug befindliche Soldaten an. Auf dem treffen Flüchtlinge in großen Scharen ein-

### Baldwin gegen die Chinapolitik der Arbeiterpartei.

London, 18. Febr. In einem Briefe an den konservativen Kandidaten für die Erbschaften in Stourbridge schreibt Premierminister Baldwin: Die Haltung, die die sozialistische Partei gegenüber den jüngsten Ereignissen in Ostasien einnimmt, gibt ein neues Beispiel ihrer Ungeeignetheit für die Übernahme einer politischen Verantwortung. Wenn es nach ihr ginge, würden wir die Engländer mit Frauen und Kindern in den abgelegenen chinesischen Städten der Gnade der chinesischen Bevölkerung überlassen, die durch die seit Monaten unablässig betriebene gehässige englisch-selbstliche Propaganda aufgebracht worden ist.

### Unterbrechung der chinesisch-japanischen Handelsvertragsverhandlungen.

Paris, 18. Febr. Wie die Agentur Indochine aus Peking berichtet, sind die Verhandlungen wegen des Abschlusses eines chinesisch-japanischen Handelsvertrages unterbrochen worden, weil China auf der sofortigen Zollautonomie besteht.

### Die deutsche Weltwirtschaftsdelegation.

Die Zusammensetzung der deutschen Delegation für die am 4. Mai in Genf zusammentretende Weltwirtschaftskonferenz steht, der „Voss. Ztg.“ zufolge, nunmehr fest. Wie das Blatt hört, nehmen als Delegierte teil: Staatssekretär Trendelenburg, Reichstagsabgeordneter Lammer, der Vorsitzende der Enquetekommission, Karl Friedrich von Siemens als Vertreter der Industrie, Gewerkschaftssekretär Eggers von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund als Vertreter der Arbeiterbewegung und der frühere Reichsfinanzminister Dr. Helm als Vertreter der Landwirtschaft.

### Amerika zur Rede des Reichsfinanzministers.

Washington, 18. Febr. Ueber seine Meinung hinsichtlich der Ausführungen des neuen Reichsfinanzministers befragt, erklärte der Vorsitzende des Finanzausschusses des Senats, Smoot: Wenn die Zeit kommt, wird Deutschland Mittel und Wege finden, um zu zahlen. Deutschland ist in einer sehr günstigen Lage. Das jetzt dem Senat vorliegende Gesetz über die Freigabe des deutschen Eigentums wird viel Geld nach Deutschland gelangen lassen. Ich hoffe und glaube, daß das Gesetz noch vor dem Schluß des Kongresses am 4. März zur Annahme gelangen wird. Senator Borah äußerte dagegen, er glaube, die Finanzlage, wie sie Dr. Brüderberggelegt habe, enthalte sehr viel Wahrheit, aber man könne nicht sagen, was Amerika dazu tun könne. Zu den verschiedenen in der Presse aufgetauchten Vorschlägen über eine Revision des Dawesplanes erklärte Borah, ihm sei kein konkreter Schritt in dieser Richtung bekannt. Borah beabsichtigt, diese Dinge während der Beratungen über das Freigabegesetz zur Sprache zu bringen. Er ist der Auffassung, daß die vom Finanzausschuss vorgenommenen Änderungen dieses Gesetzes zu einschneidend sind, und daß der Senat am besten das Gesetz in der vom Repräsentantenhaus gebilligten Fassung annehmen würde.

### Die Aussichten des Freigabegesetzes.

New York, 18. Febr. Nach einer Meldung des „Journal of Commerce“ aus Washington herrscht dort die Auffassung vor, daß durch die Änderungen, die der Finanzausschuss des Senates an dem Gesetz für die Freigabe des deutschen Eigentums vorgenommen hat, die formale Opposition gegen das Gesetz größtenteils erledigt ist. Es könne nicht vorausgesagt werden, in welcher Form das Gesetz im Senat Annahme finden werde. Jedoch wird darauf hingewiesen, daß, falls der Senat die Vorschläge des Ausschusses annimmt, die Vorlage noch von einem aus Mitgliedern beider Häuser gebildeten Ausschuss beraten werden muß.

### Bierabend beim Reichspräsidenten.

Berlin, 18. Febr. Der Reichspräsident hatte für heute Einladungen zu einem Bierabend ergoßen lassen, der die führenden Persönlichkeiten des politischen, wirtschaftlichen und künstlerischen Lebens der Reichshauptstadt vereinigte. Es waren erschienen die in Berlin weilenden Reichs- und preussischen Staatsminister, die Chefs der Heeres- und Marineleitung, die Staatssekretäre des Reiches und Preußens, die Ministerialdirektoren der Reichsministerien, die Präsidenten des Reichsgerichtes, des Reichsfinanzhofes und des Rechnungshofes des Deutschen Reiches, der Oberbürgermeister von Berlin, der Polizeipräsident, der Kommandeur der Schutzpolizei, das Reichsbahndirektorium, der Vorstand der Deutschen Reichsbahngesellschaft, die Spitzen der kirchlichen Behörden, sowie zahlreiche Vertreter der Finanzwelt, des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft, führende Männer der Wissenschaft und der Kunst, die Leiter der großen Organisationen und beruflichen Verbände und andere mehr.

### Lohnbewegung der Eisenbahner.

Die Eisenbahnerorganisationen treten am kommenden Montag zu einer Besprechung zusammen, um zur Klärung der Lohnbestimmungen des Tarifvertrages Stellung zu nehmen. Wie der „Vorwärts“ annimmt, dürfte es zur Klärung der Lohnbestimmungen kommen, da ein Ausgleich zwischen den Löhnen und der seit den letzten Lohnabmachungen weiter steigenden Teuerung als eine Selbstverständlichkeit betrachtet werden muß.

### Verstaatlichung sächsischer Polizei.

Wie verlautet, wird demnächst die Polizeiverwaltung in nachstehenden Städten verstaatlicht werden: Tilsit, Gbing, Schneidemühl, Ratibor, Werfburg, Hamborn, Harburg, Münster, Hagen, Hamm, Duisburg, Aachen und M. Gladbach. Die Ernennung von Polizeipräsidenten für eine Anzahl dieser Städte wird in den nächsten Tagen erfolgen.

### Drei Pressechef für Moabit.

Der preussische Richterverein hat dem Volanzenberger zufolge für die drei in Moabit tagenden Landgerichte je einen Vertrauensmann ernannt, der als Bindeglied zwischen der Justizverwaltung, Richterkreisen und der Presse gelten, das Vertrauen zwischen Presse und Justiz fördern und der Presse ihre Arbeit so weit wie möglich erleichtern soll.